

Antragsbereich H: Hochschulfinanzierung

Antrag H1_18/1

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Aachen, Bochum, Münster, Niederrhein

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4 5 **H1_18/1 In Bildung investieren heißt in** 6 **Zukunft investieren! Für ein Ende der** 7 **schwarzen Null**

8 Es ist noch nicht allzu lange her, da stritten wir Juso-Hochschulgrüpper*innen gemeinsam gegen
9 eine neue Auflage der großen Koalition und für einen neuen Weg glaubwürdiger und progressiver,
10 linker Politik, für den die SPD stehen sollte. #NoGroKo war auch ein Engagement gegen das ewige
11 Weiter-So, welches sich aus einer vermeintlich alternativlosen neoliberalen Erzählung speist und
12 unzulänglich versucht, Lücken zu schließen, ohne eine Antwort auf die großen Fragen der
13 Zukunft finden zu können.

14
15 Am Ende dieses Engagements stand schließlich doch der Eintritt der SPD in eine weitere Große
16 Koalition. Doch noch bevor das Ergebnis über die erneute Regierungsbeteiligung der SPD
17 feststand, noch bevor alle Parteimitglieder ihre Entscheidung hatten treffen können, ließ es sich
18 Olaf Scholz, als angehender Finanzminister, nicht nehmen, bereits die entscheidende Weiche zu
19 stellen, für ebenjene Politik des Weiter-So: die Rede ist von der schwarzen Null.

20 21 **Generationengerechtigkeit neu denken - in staatliche und infrastrukturelle** 22 **Rahmenbedingungen der Zukunft investieren!**

23
24 Diese konservativ-wirtschaftsliberale Positionierung des SPD-Finanzministers ist in vielerlei
25 Hinsicht mehr als fatal. Fatal, weil die Menschen schon heute mit den Folgen der Sparpolitik der
26 vergangenen Jahre zu kämpfen haben: marode Schulen und Hörsäle, geschlossene Bibliotheken
27 und ein vollkommen aus dem Gleichgewicht geratener Wohnungsmarkt belasten besonders auch
28 die Studierenden und Hochschulen. Fatal aber auch, weil nicht nur dringend notwendige
29 Investitionen fehlen, um die Versäumnisse der letzten Jahre begleichen zu können, sondern auch
30 kaum Spielräume bleiben, um Hochschulen und andere öffentliche Einrichtungen zukunftsfähig
31 zu machen, beispielsweise auf dem Gebiet der Digitalisierung. Und fatal zuletzt, weil die Politik
32 der schwarzen Null der vergangenen Jahre und die fast schon als selbstverständlich erachtete
33 Kontinuität in der Sparpolitik, die nach dem Eintritt in die Große Koalition auf den Fuß folgte,
34 besonders jungen Menschen als alternativlos verkauft wird. Schäuble, Scholz und Co.
35 verschwiegen und verschweigen in ihrem ewigen Mantra der „Generationengerechtigkeit“,
36 weiterhin die Tatsache, dass es auch eine Frage von Gerechtigkeit ist, was in die Zukunft
37 nachfolgender Generationen investiert wird. Nachfolgenden Generationen wird nicht nur ein
38 abstrakter Schuldenstand vererbt, sondern vor allem die Infrastrukturen, die einen wesentlichen
39 Teil der Lebensbedingungen einer Generation ausmachen.

40
41 Wir Juso-Hochschulgruppen sind uns dieser Tatsache umso mehr bewusst. Gerade jetzt, da sich
42 die Regierungsparteien auf die Verstetigung der Hochschulpaktmittel nach 2021 einigen konnten,
43 bieten sich grundsätzlich große Chancen, um mit klugen Investitionen Herausforderungen der

44 Zukunft, wie die steigende Zahl an Studierenden, die Digitalisierung der Hochschulen oder die
45 Reform sozialer Infrastrukturen, aktiv zu gestalten. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass
46 die Mittel, die nun verstetigt werden sollen, bei weitem nicht ausreichend sind. Einen echten
47 Wandel in der Hochschul-Investitionspolitik kann es nur mit einer deutlichen Aufstockung der
48 Mittel geben!

49

50 Deshalb fordern wir das Ende der schwarzen Null, ein neues Verständnis von
51 Generationengerechtigkeit und eine breit angelegte Investitionsoffensive in der Bildungs- und
52 Hochschulpolitik.

53

54 **Austeritätspolitik beenden - Hoch die europäische Solidarität!**

55

56 Eine ausgeprägte Sparpolitik und das Dogma der schwarzen Null herrschen jedoch nicht nur in
57 Deutschland vor, sondern auch in großen Teilen von Europa. Im beschlossenen Koalitionsvertrag
58 war Europa das bestimmende Thema, wurde prestigeträchtig an den Beginn des Vertrags gestellt
59 und stand sinnbildlich für einen viel zitierten neuen Aufbruch. Selbstverständlich empfinden wir
60 diese Akzentuierung als grundsätzlich positiv, doch das Thema Europa und innenpolitische
61 Wechselstellungen stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Und einem
62 herbeigesehnten Aufbruch in Europa steht allen voran Scholz' Haushaltsdisziplin diametral
63 entgegen.

64

65 Der Finanzminister will seine Politik weiterhin ganz im Sinne der Austerität gestalten. Der
66 Hoffnung europäischer Partner, dass in Europa endlich mehr investiert wird - insbesondere auch
67 was soziale Aspekte angeht - erteilte er damit eine Absage. Und das obwohl beispielsweise die
68 Jugendarbeitslosigkeit in vielen Staaten weiterhin extrem hoch ist. Die Perspektivlosigkeit vieler
69 junger Menschen ist erschütternd und zeigt schonungslos, dass Europa sein Potenzial, ein gutes
70 Leben für alle zu gewährleisten, weiterhin nicht ausschöpfen kann - Dies ist ein Resultat, der
71 innerhalb der EU vor allem durch die BRD diktierten Austeritätspolitik und der schwarzen Null.

72

73 Für uns ist klar: Europa ist das Projekt unserer Zukunft und verdient gemeinsame Anstrengung,
74 um das Leben der Menschen zu verbessern. Dazu braucht es insbesondere auch Aufwendungen
75 finanzieller Art. Deutschland ist in besonderer Verantwortung, als wirtschaftlich starke Partnerin
76 auch in Europa eine neue, solidarische Investitionsoffensive auszurufen.

77

78 **Moderne Bildungseinrichtungen schaffen - die Digitalisierung endlich ernst nehmen!**

79

80 Bildung ist der entscheidende Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Um Teilhabe an Bildung
81 selbst sicherzustellen, ist auch die Digitalisierung ein entscheidender Faktor. Angesichts dessen,
82 in welchem Maße Digitalisierung von nahezu allen politischen Akteur*innen zum Zukunftsthema
83 Nummer Eins erklärt wurde, sollte man meinen, dies sei breiter politischer Konsens. Und doch
84 lässt die Finanzplanung der neuen Bundesregierung - besonders im Bereich der
85 Hochschulfinanzierung - eine unzulängliche Behandlung des Themas befürchten.

86

87 Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass es nach jahrelangem Investitionsstau an jeglicher
88 modernen Infrastruktur mangelt: Tafeln, Kreide, ein schlecht funktionierendes W-Lan und
89 Tageslicht-Projektoren gehören weiterhin zum Alltag vieler Student*innen, während Online-
90 Vorlesungen, E-Books oder die Möglichkeit Prüfungen digital ablegen zu können, die Ausnahme
91 bilden.

92

93 Diese Umstände sind besonders problematisch, wenn man sich die Bedeutung der Digitalisierung
94 insbesondere für die Inklusion und für die Vereinbarkeit von Studium und Beruf oder Familie vor

95 Augen führt. Ob Menschen an einer chronischen Krankheit leiden, die sie an der alltäglichen
96 Teilnahme an Lehrveranstaltungen hindert oder ob Menschen neben dem Studium arbeiten,
97 Angehörige pflegen oder sich um ihre Kinder kümmern müssen: die Digitalisierung hat das
98 Potenzial, die Teilhabe für einen großen Teil der Studierendenschaft sicherzustellen und zu
99 verbessern. Die derzeitigen Rückstände im Ausbau der Digitalisierung werden diesen Chancen
100 jedoch in keiner Weise gerecht.

101

102 Es liegt jetzt an der Bundesregierung, diese Rückstände endlich aufzuholen! Der
103 Koalitionsvertrag konzentriert sich jedoch - im Rahmen des sogenannten Digitalpakts - vor allem
104 auf die Digitalisierung der Schulen. Hier herrscht großer Investitionsbedarf, das ist aber bei
105 weitem nicht ausreichend. Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche und damit auch alle
106 Bildungsbereiche. Auch um schulische, berufliche und akademische Bildung auf diesem Gebiet
107 nicht gegeneinander auszuspielen, braucht es einen viel breiteren Finanzierungsplan und die
108 Bereitstellung deutlich größerer Beträge, als bisher angedacht.

109

110 In den Plänen der Regierung wird bemerkenswert offenbar, dass Digitalisierung noch immer nicht
111 als das umfassende Thema wahrgenommen wird, das es ist. Für uns ist das nicht hinnehmbar! Wir
112 fordern, dass die verantwortlichen Politiker*innen der Bedeutung der Digitalisierung endlich
113 gerecht werden - auch in ihrer Finanzpolitik.

114

115 **Infrastrukturen stärken - denn Zukunft gibt's nicht für lau!**

116

117 Die Zahl der Studierenden steigt seit Jahren stetig an. Der riesige Investitionsstau und der
118 mangelnde Ausbau von Hörsaalgebäuden, Bibliotheken sowie sozialen Einrichtungen,
119 Wohnheimen, Beratungsstellen, Kindertagesstätten und Mensen trägt dem nur unzureichend
120 Rechnung. Hier braucht es dringend weitreichende Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen, um
121 auch in Zukunft sicherzustellen, dass Studierende an ihren Hochschulen selbstbestimmt und in
122 guter Atmosphäre lernen und arbeiten können.

123

124 Dazu gehört auch, in die soziale Infrastruktur zu investieren, um allen Studierenden ein Studium
125 an ihrer Wunschhochschule zu ermöglichen. Wir wehren uns dagegen, dass der Geldbeutel der
126 Eltern darüber entscheidet, wo man studieren kann. In erster Linie braucht es daher massive
127 Investitionen in studentischen und sozialen Wohnungsbau!

128

129 Dabei muss auch viel stärker den Bedürfnissen benachteiligter Gruppen Rechnung getragen
130 werden! Jede*r hat das Recht, selbstbestimmt, frei und ohne Benachteiligung zu leben und zu
131 studieren. Die Grundlage für diese gleichberechtigte Teilhabe kann nur geschaffen werden, wenn
132 in inklusive Infrastruktur investiert wird und die Sicherstellung dessen als prioritärer Bereich der
133 Finanz- und Investitionsplanung begriffen wird. Dabei geht es unter anderem um die
134 barrierefreie Modernisierung von Gebäuden, um Gebührenfreiheit, um eine angemessene
135 Didaktik und breite personelle Strukturen, in die dringend mehr Geld fließen muss.

136

137 **BAföG ausbauen - eine sofortige Trendwende schaffen!**

138

139 Union und SPD einigten sich im Koalitionsvertrag außerdem darauf, das BAföG auszubauen und
140 die Leistungen „deutlich“ zu verbessern. In der Finanzplanung sind für dieses Ziel 1 Mrd. €
141 vorgesehen - auf vier Jahre verteilt. In dieser Zeit muss sich zeigen, auf welche Bereiche sich
142 dieser Ausbau beziehen wird. Klar ist aber schon jetzt: aufgrund steigender
143 Lebenshaltungskosten, steigender Studierendenzahlen und besonders nach den Reform-
144 Versäumnissen der letzten Jahre braucht es endlich eine sofortige Anpassung des BAföGs, welche
145 fähig ist, finanzielle Hürden wirksam einzudämmen und weniger Studierende durch das Raster

146 der Förderungskriterien fallen zu lassen. Und das geht nur mit weiterreichenden Investitionen.
147 Wir Juso-Hochschulgruppen fordern weiterhin das alters-, eltern- und
148 ehepartner*innenunabhängige BAföG als Vollzuschuss, denn Teilhabe an Bildung darf keine Frage
149 des Geldbeutels sein!

150

151 **Gute Arbeit ermöglichen - die Grundfinanzierung ausbauen!**

152

153 Als Teil der Gesellschaft und als große Arbeitgeberinnen stehen Hochschulen immer auch in der
154 Verantwortung, gute Beschäftigungsbedingungen für alle Beschäftigten sicherzustellen.
155 Erschwert wird dies jedoch, wenn durch den ständigen Wettbewerb der Hochschulen
156 untereinander um die Hochschulfinanzierung keine Sicherheit und Langfristigkeit in der Planung
157 möglich ist. Über 90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen haben befristete
158 Arbeitsverträge. Gerade für junge und angehende Wissenschaftler*innen ist diese Unsicherheit
159 des Arbeitsplatzes und der damit einhergehende Druck kaum auszuhalten. Zusätzlich wirken sich
160 diese Zwänge auch massiv auf die Qualität von Forschung und Lehre aus. Die Grundfinanzierung
161 der Hochschulen muss gestärkt werden, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen
162 zu verhindern und Wissenschaftler*innen langfristige Berufsperspektiven und Karrierewege in der
163 Wissenschaft zu ermöglichen. Wir kämpfen für eine freie, emanzipatorische, diverse und
164 kritische Wissenschaft. Diese kann nur gewährleistet sein, wenn finanzielle Zwänge durch
165 verlässliche Grundfinanzierung staatlicherseits eingegrenzt werden. Auch hier braucht es breit
166 angelegte Investitionen!

167

168 **Bildung als staatliche Aufgabe - Privatisierung eine Absage erteilen!**

169

170 Zuletzt ist es auch wichtig, zu bedenken, welche politische Grundhaltung hinter dem Konzept
171 der schwarzen Null eigentlich steht: letztlich dient diese nämlich dem neoliberalen
172 Gesellschaftsverständnis, nach dem ausschließlich Eigeninteressen im Fokus stehen. Gerade im
173 Bereich der Bildung ist jeglicher Privatisierung jedoch eine entschiedene Absage zu erteilen! Eine
174 unabhängige und emanzipatorische Wissenschaft kann nur gewährleistet sein, wenn sie nicht an
175 die Interessen von Drittmittelgeber*innen gekoppelt ist. Ebenso kann nur eine staatliche
176 Finanzierung die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an Bildungsangeboten garantieren
177 und dafür sorgen, dass Bildung als ein Menschenrecht für alle vermittelt und nicht als Privileg
178 weniger verkauft wird. Aus diesem Grund gilt es, die schwarze Null weiterhin entschieden
179 abzulehnen. In ihr spiegelt sich in keiner Weise der sozialdemokratische Anspruch von
180 gesellschaftlicher Teilhabe für alle wieder!

181

182 Die Bundesregierung, und im Besonderen die SPD, müssen ihrer Verantwortung, Bildungsteilhabe
183 und damit gesamtgesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen, jetzt nachkommen. Olaf
184 Scholz, als sozialdemokratischer Finanzminister, ist - neben der gesamten SPD - in der Pflicht,
185 sein Regierungshandeln danach auszurichten und ein entsprechendes Finanz- und
186 Investitionskonzept fernab der schwarzen Null zu entwickeln. Die großen Fragen unserer Zeit löst
187 man nicht durch rückwärtsgewandte Investitionsscheu und dem Versteifen auf Finanzkonzepte,
188 die schon in der Vergangenheit für riesige Modernisierungslücken gesorgt haben. Es braucht
189 endlich mutige Investitionen in die Zukunft, um nachfolgenden Generationen ein gutes Leben zu
190 ermöglichen!